

Freiheitsglocke

Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge - VOS e.V. (Berlin)

Berlin, September 2010

60. Jahrgang, Nr. 695

Zwanzig Jahre Wiedervereinigung – Freude ja, aber in der Aufarbeitung nicht nachlassen

Die Verklärung der hässlichen DDR wird immer drastischer

Die Zeit vergeht, wir alle haben es erfahren: Am 3. Oktober ist es nun schon zwanzig Jahre, dass unter großen Feierlichkeiten die Wiedervereinigung des geteilten Deutschlands stattfand. Wer kann sich daran erinnern, wie gut wir uns damals fühlten, welche Erwartungen wir hatten und welche Genugtuung diejenigen empfanden, die für diese durchaus nicht selbstverständliche, aber vom Volk gewollte Wiedervereinigung Entbehrungen und Opfer auf sich genommen hatten?

Zwanzig Jahre sind eine lange Zeit, in der in Deutschland viel passiert ist. Der Prozess des Zusammenwachsens der Menschen aus der damaligen DDR und der Bundesrepublik, der eigentlich vorausgesetzt wurde, ist nicht so reibungslos vonstatten gegangen, wie es viele erhofft haben. Er ist keineswegs abgeschlossen, und es fragt sich, ob er das nach weiteren zwanzig Jahren sein wird. Die Mauer in Berlin und im ehemaligen Zonengrenzgebiet ist zwar weg, aber in den Köpfen einiger Zeit-Genossen existiert sie noch. Und dies nicht zufällig, denn die alte Zeit, dieser sinnlose Staats-Sozialismus, wird heute zunehmend heraufbeschworen.

Jene, die 1990 in ihren Wohnungen geblieben sind, weil sie gefürchtet haben, man würde sie für begangenes großes Unrecht zur Rechenschaft ziehen, haben sich nicht lange versteckt. Als sich herausstellte, dass man nicht mal die noch

lebenden Hauptverantwortlichen der SED-Diktatur zur Rechenschaft ziehen würde, erschienen sie wieder auf der Bildfläche. Honecker ging ins Exil, Mielke wurde lediglich wegen eines lange zurückliegenden kriminellen Delikts verurteilt und Stoph ließ man – mit einem Scheck für die Haftentschädigung – aus Krankheitsgründen frei. Nur Egon Krenz erhielt eine Strafe, die allerdings, vergleicht man sie mit den Haftbedingungen der von ihm bis heute hoch gehaltenen Diktatur, einem äußerst angenehmen Kuraufenthalt gleichkommt.

Darf man einen Staat als Friedensstaat bezeichnen, in dem die Spielzeugregale voller Soldaten und sonstigem Militärspielzeug standen und in dem selbst der Fernsehsandmann im Schützenpanzerwagen, eskortiert von den „DDR-Friedenstruppen“, den Kindern kam?

Die Aufarbeitung bezüglich der Diktatur-Verantwortlichen, auch Täter genannt, war lasch oder blieb aus. Wir wissen es. Auch, was mit den Opfern geschah – genauer für sie – wird nicht jeder mit der Note ausgezeichnet bewerten. Wenn auch nach einem zähen Ringen, in dem ein besonders hervorzuhebender CDU-Abgeordneter aus Dresden großen Einsatz gezeigt hat, endlich die Ehrenpension gekommen ist. Um die notwendigen Nach-

besserungen muss nun noch zäher gekämpft werden, und eine Anerkennung von aus der Haft rührenden Gesundheitsschäden gestaltet sich für die Einzelnen schwerer denn je, da die Gutachter und die zuständigen Ämter meist ohne jede Kompetenz und ohne Verständnis mit den Schicksalen der Opfer umgehen.

Viele, die an der DDR krank geworden sind, die wegen der staatlichen Verordnungen und ideologischen Zwänge auf berufliche Karrieren verzichtet haben und deren Familien zerstört wurden, kranken heute an der Falschdarstellung des weggefügten SED-Staates. Von einem guten Bildungssystem, von sozialer Sicherheit und von einem normalen Rechtssystem ist inzwischen die Rede. Ein Ministerpräsident geht gar hin und fordert die Reaktivierung der Nationalhymne, deren erste Strophe keineswegs die Einheit, wie wir sie heute haben, im Sinn hatte, sondern die auf ein einheitliches Deutschland in Stalins Sinn abzielte.

Permanent taucht auch das Gerede von einem Friedensstaat DDR auf. Muss man wirklich daran erinnern, dass schon die Spielzeugregale voller Soldaten und Militärspielzeug waren. Selbst das Sandmännchen wurde im Schützenpanzerwagen, eskortiert von den „DDR-Friedenstruppen“, zu den kleinen Kindern gebracht. Umso unfassbarer scheint es, dass gerade die Linke, die doch diesen hohen Identifizierungsgrad mit der DDR hat, heute die Bundeswehr als Kriegersarmee abqualifiziert.

Ja, wir freuen uns über die Einheit. Aber bei aller Freude darf die Aufarbeitung der SED-Diktatur nicht vergessen sein. A. R.

Das Thema Unrechtsstaat DDR ist in diesen Tagen wieder in den Mittelpunkt so mancher Diskussion gerückt. Und das hat nicht etwa mit einem eventuellen Sommerloch in unserer Presse- und Politiklandschaft zu tun. Wir wissen, dass schon lange darüber gestritten wird, was es mit der DDR auf sich hatte und dass die Versuche, die DDR nachträglich als einen normalen Staat hinzustellen, in dem jede Bürgerin und jeder Bürger die gleichen Rechte hatte, weiter zunehmen.

Bereits in der vorletzten Fg-Ausgabe habe ich mich dazu in einem Kurz-Kommentar geäußert. Ich tue dies natürlich auch bei Veranstaltungen wie etwa im Rahmen des Zeitzeugen-Projekts. Dabei geht es mir nicht darum, Äußerungen anderer Leute, egal aus welcher Partei, zu diskreditieren oder die Aufarbeitung der DDR-Geschichte einseitig zu beeinflussen. Es ist aber wichtig, ein objektives Bild herzustellen und jenen Generationen, die die DDR nicht mehr miterlebt haben, diesen Staat in seiner Wirklichkeit zu erklären. Keinesfalls kann ich es gutheißen, dass persönliche selektive Wahrnehmungen in die Öffentlichkeit gelangen und diese dann von den Medien dilettantisch und vor allem emotional als allgemeingültige Schlussfolgerungen übernommen werden.

Das Falscheste, was bei einer Betrachtung der DDR passieren kann, ist, dass man eine Debatte über den Unrechtsstaat irgendwo in der Mitte der Probleme und der Symptome anfängt und die geschichtlichen Zusammenhänge und die politischen Grundlagen außer Acht lässt.

Entscheidend ist: Die DDR hat sich, indem sie die Hauptlast des verlorenen Weltkrieges aufgebürdet bekam, auf Verordnung Stalins politisch und völkerrechtlich bereits auf Unrecht gegründet, sie konnte demzufolge als Staat nicht anders als durch militärische Klammern existieren. Die ständige Präsenz der Sowjet-Armee mit bis zu einer Million Soldaten ließ im Grunde auch der DDR-Regierung keinerlei eigenen Spielraum. Die Sowjets waren jederzeit in der Lage, militärisch einzugreifen, wenn etwas darauf hindeutete, dass ihre Interessen in Gefahr gerieten. Der Einsatz ihrer Panzer bei der Niederschlagung des Volksaufstandes im Juni 1953 zeigt dies nur zu deutlich. Ohne das un-

erbittliche Vorgehen gegen unbewaffnete Volksmassen – angeblich alles Faschisten und West-Agenten – wäre die DDR bereits damals innerhalb kurzer Zeit von der Landkarte getilgt worden. Im Herbst 1989, als die Sowjets bei den Demonstrationen nicht eingriffen, fiel das künstliche Gebilde DDR in sich zusammen wie ein Kartenhaus.

Auf ein Wort des Redakteurs

Auch die Errichtung der Mauer im August 1961 hat gezeigt, dass sich dieser Staat DDR, dessen Bürgerinnen und Bürger übrigens erst nach seiner Beseitigung eine Identität erlangten, nur durch Zwang-, Androhung und Zwang-Ausübung gegenüber seiner Bevölkerung behaupten konnte. Mit der Anwendung politischen Strafrechts, das auch bei geringen Delikten hohe Haft- und auch die Todesstrafe vorschrieb, hat sich das System eindeutig zu einer Diktatur gemacht. Allerdings nicht zu jener als gerecht geschilderten Diktatur des Proletariats, wie es in den eigenen Lehreinrichtungen proklamiert wurde, sondern zur Diktatur einer Funktionsriege, deren Hintermänner sich bekanntermaßen nicht in Ost-Berlin, sondern in Moskau befanden.

Es hat in der DDR vor 1990 niemals freie Wahlen gegeben, es haben zu keiner Zeit unabhängige Medien existiert, es gab keine Möglichkeit, sich außerhalb staatlicher Kontrolle und Lenkung zu organisieren. Weder mit unpolitischen und schon gar nicht mit politischen Ambitionen. Es gab kaum Reisemöglichkeiten, und es existierte keine Meinungsfreiheit, es durfte nur innerhalb der verordneten staatskonformen Ideologie geredet und diskutiert werden. Demnach war keine öffentliche Meinung vertreten durch unabhängige Medien möglich, und es konnte sich keine demokratisch fundierte Opposition gründen. Die Zahl der inhaftierten Systemkritiker, bekannt oder weniger bekannt, ist groß. Was in demokratisch regierten Ländern selbstverständlich ist, wurde in der DDR nach dem Vorbild der Sowjetunion oder nach der Verfahrensweise der chinesischen Kommunisten mit unglaublicher Härte erwürgt.

Es herrschte die Diktatur der Minderheit, wobei auch die Minderheit, wie erwähnt, von Moskau fremdbestimmt war, egal dass sie die Fremdbestimmung in ihrer Naivität nicht begriff bzw. zu feige war, auch nur ansatzweise eine abweichende Meinung zu vertreten. Man nehme nur jenes unwürdige Grußwort, mit dem noch im Juni 1989 der spätere SED-Chef Egon Krenz den chinesischen Kommunisten mitteilte, dass er das Blutbad auf dem Platz des Himmlischen Frieden in Peking gutheiße und den dortigen Kommunisten gratulierte.

Hinzu kamen die vielen Wirtschafts- und Konsumtionsdefizite, die durch die Nachbarschaft der prosperierenden Westländer umso offensichtlicher hervorstachen und die Unruhe in der DDR unablässig belebten. Hinzu kam auch die in ständiger Latenz existierende Ausreisebewegung. Es verschwanden einfache und prominente Bürger. Schauspieler, Schriftsteller tauchten plötzlich auf den Bildschirmen des Westfernsehens auf. Ein Aderlass ohnegleichen.

Dass man angesichts einer derart obrigkeitlich-regelten Staatsform die Frage nach dem Rechts- oder Unrechtsstaat stellt, kann eigentlich nur von einer gewollt oberflächlichen Betrachtungsweise oder von Unkenntnis herrühren. Es kann jedenfalls nicht angehen, sekundär einzustufendes Verwaltungs- oder Zivilrecht Gegenstand einer vielmehr politisch zu führenden Debatte zu machen. Das Ergebnis liegt auf der Hand: Die DDR verfügte ganz eindeutig über rechtliche Regelungen, wenn es beispielsweise darum ging, einen defekten Fernsehapparat umzutauschen. Es gab ein Strafrecht für kriminelle Taten, das auch Begnadigungen oder Bewährungsstrafen vorsah, wengleich man im Vollzug und in der Justiz mit kriminellen Straftätern nicht minder barbarisch als mit politischen umging.

Kann man deshalb von einem Rechtsstaat sprechen und all das begangene Unrecht, das einer großsprecherischen politischen Diktatur, deren große und kleine Verursacher und Träger bis heute jede Einsichtsbereitschaft und Verantwortlichkeit verweigern, entsprungen ist, ignorieren? Ich glaube nicht.

*Bis zur nächsten Ausgabe
Ihr Alexander Richter*

In dieser Ausgabe:

VOS-Aktivitäten! Bitte beachten!
**Veranstaltungen zum 20.
Jahrestag der Einheit**

Point Alpha und am Denkmal für die Opfer der deutschen Teilung (Hessen) sowie in Bielefeld und den anderen Bezirksgruppen (S. 12)

Titelseite: Zwanzig Jahre Einheit – trotz des Erfolges noch viel Arbeit vor uns

Redaktionsthema:

Die grundsätzlichen Irrungen zum Thema „Rechtsstaat“ DDR 2

Letzte Tage in der DDR

Chemnitzer U-Haft-Gebäude schließt. Doch die Erinnerungen vor dem Transport nach Gießen sind noch da 4

Ungenutzte Möglichkeiten, die finanzielle Lage zu bessern

Hinweise und Beispiele zur Antragsstellung für eine berufliche Rehabilitierung 5 - 6

Jugendliche wie KZ-Häftlinge behandelt

Die DDR-„Besserungslager“ 6

Rot-rot entscheidet gegen DDR-Opfer

Aus taktischen Gründen kein Berlin-Pass 6

Erfahrungen im Land der „Freunde“

Dr. Heinz Schneider mit einem satirisch wahren Reiseerlebnis in Moskau 7

Das Riesenreich saugte die Kleinen aus

Wie die Sowjetunion die „Verbündeten“ auch wirtschaftlich beherrschte und ausnutzte 7 - 8

Gelungene Form der Wissensvermittlung

Stiftung organisiert internationales Workcamp 8

Trostloses Grauingrau in der DDR

Fotoband von Lutz Rathenow und Harald Hauswald zum fünften Mal aufgelegt 9

Die Ratlosigkeit der alten Männer

Hager schreibt einen Brief an Mielke 10

Die Starrheit der Politbürokraten

Kurt Hager – wer war das überhaupt? 11

Selbst Mielke hätte Chance auf Comeback

Über Stasi-belastete Mitglieder der Linken 13

Mit großem Einsatz für die Menschlichkeit

Zum Tode Bärbel Bohleys 13

Die falsche Legende scheint untilgbar

Schwarzenberg: Es wird weiter beschönigt 14

Frischer Wind und doch nur heiße Luft

Bekommt Helgoland eine Bürgermeisterin von der Partei Die Linke? 15

Gleichgültigkeit im satten Land

Ein lyrisches Fazit zu zwanzig Jahren Einheit 16

- Stichwort, Zitate, Kommentar 4, 6, 14

- Suchmeldung, Archivierung 8

- Buchvorstellung 9 – 11

- Leserbriefe, Meinungen 11

- VOS-Aktivitäten, Einladungen 12

- Verstorbene, Nachrufe 13, 15

- Impressum 16

Staatsbesuch eines Vorbestraften?

Der Bürger Egon Krenz erhält in Vietnam einen Empfang wie ein Staatsrepräsentant

Manchmal ticken die Uhren anders. Nicht nur, weil es auf der Erde unterschiedliche Zeitzonen gibt, sondern auch weil die Erkenntnisse über politische Veränderungen nicht in allen Köpfen Zugang finden.

Egon Krenz reiste dieser Tage nach Vietnam, um sein Buch „Herbst 89“, das in die vietnamesische Sprache übersetzt wurde, vorzustellen. Da er für zwei Monate in der DDR Staatsratsvorsitzender war, wurden ihm in Vietnam hohe protokollarische Ehren zuteil, die Krenz auch im Stile eines Staatsmannes, der er freilich nicht mehr ist, offenbar gern entgegen nahm.

Etwas seltsam mutet die Art Empfangens und Sich-Empfangen-Lassens denn doch an. Nach dem diplomatischen Reglement wird durch die derart gewollt künstliche Erhöhung eines einfachen Bürgers auf das Niveau eines Staatsgastes, zumal eines Vorbestraften – Krenz wurde in Deutschland rechtskräftig verurteilt und hat eine gemäßigte Haftstrafe (Freigang, Laptop, Postempfang, Schreiberlaubnis u.v.m.) verbüßt; nach den Gesetzen seines eigenen untergegangenen Staates hätte er übrigens nicht mal den ihm zugewiesenen Aufenthaltsort in der damaligen DDR verlassen dürfen, sich aber jeden Tag zum Verprügeln beim ABV melden müssen, geschweige denn, dass man ihn hätte in die CSSR reisen lassen – die Regierung des Landes, aus dem derselbe stammt, bewusst brüskiert.

Krenz ist immerhin kein gewöhnlich Krimineller. Er und seine Partei haben den Tod von mehr als 1.000 Maueropfern sowie Jahrtausende an Haftstrafen für politische Opfer zu verantworten. Dass er nun als Repräsentant eines demokratischen Staates auftritt, krenz schon fast an Hochstapelei. *Valerie Bosse*

Zitat des Monats:

„Schweinehunde gibt es in jedem System, aber ein System, das auf Schweinehunde setzt, das muss man abschaffen.“ **Joachim Gauck**

Weiterhin spendenfreudige Kameradinnen und Kameraden

Margarete und Albin Lichy, Wolfgang Hohn, Manfred Hohn, Reinhard Müller, Elisabeth und Herbert Söllner, Rainer Buchwald, Elfriede Krause, Gunnar Rieger, Ursula und Wolfgang Lehmann, Renate und Peter Storch, Gerda und Kurt Selch, Alexander Richter, Dieter Veit, Manfred Rohde, Roland Schulz, Fritz Schaarschmidt, Sigrun Clauder-Schwarz, Hans Schwan, Eberhardt Sachs, Helmut Günther, Monika und Peter Mengel.

Liebe Kameradinnen und Kameraden!

Die Bundesgeschäftsstelle der VOS hat nochmals Überweisungsvordrucke für weitere Spenden anfertigen lassen, die den nächsten Fg-Ausgaben beigelegt sind. Bitte nicht unbeachtet lassen oder gar wegwerfen, sondern bitte wieder spenden.

Wir kämpfen immer noch für die Verbesserungen unser aller Situation. Das geht nur mit einem starken Verband. Wer spendet, wird langfristig Erfolge unterstützen. Nicht nur für den Betroffenen selbst, sondern irgendwann auch für unsere Hinterbliebenen. *H. D.*

Diesen Ort als freier Bürger noch einmal zu sehen, war für viele Freigeverkaufte besonders wichtig

Sachsens VOS-Bezirksgruppe nutzt Gedenkfeier zum 17. Juni für eine Führung in der früheren Stasi-U-Haft-Stätte, von der die politischen Häftlinge abgeschoben wurden

Anlässlich des Volksaufstandes vom Juni 1953 fanden unsere Gedenkfeierlichkeiten auch in diesem Jahr auf dem Kaßberg in Chemnitz statt.

Es war uns gelungen, eine letzte Besichtigung der ehemaligen U-Haftanstalt auf dem Kaßberg zu organisieren, bevor das Gebäude wegen Bau- und Brandschutzmängeln geschlossen wird.

Dies war für uns sehr wichtig, denn der DDR-weite Häftlingsfreikauf fand über die U-Haft-Anstalt Karl-Marx-Stadt statt. Die Stasi galt im jeweiligen Gefängnis auch als „Reisebüro“. Die Gefangenen wurden aus allen anderen Gefängnissen der DDR per Sondertransport auf den Kaßberg gebracht und kamen in den Ausreiseflügel (B-Flügel, der sich nach dem bekannten Rechtsanwalt Vogelhaus nannte). Wichtig war es, diesen Ort als freier Bürger noch einmal zu sehen und die Erinnerungen, die mit der Fahrt in die Freiheit verbunden sind, wieder aufleben zu lassen.

Im Anschluss an die Führung wurde noch kurz auf den Häftlingsfreikauf eingegangen:

Zwischen 1964 und 1989 wurden 33.755 Häftlinge freigekauft. In der gleichen Zeit gab es 215.019 Ausreisen im Zuge der Familienzusammenführung. Für beides wurden rund 3,5 Milliarden DM an Gegenleistungen gezahlt. Der Preis pro Häftling betrug zwischen 40.000 und 100.000 DM und orientierte sich an dessen Qualifikation und dem so genannten Schaden, den die betreffende Person in der DDR angerichtet haben soll.

Bei all den Diskussionen um den Häftlingsfreikauf, was zählte, war die reale Hilfe in Zeiten des Kalten Krieges. Sei es die Freiheit für politische Häftlinge, seien es die Familienzusammenführungen und die Reiseerleichterungen, seien es die Rückführungen von Kindern aus staatlichen Heimen der DDR zu ihren Eltern, sei es der immense Hilfstransfer von West nach Ost - die Hilfe war stets komplex und

stand für die Zusammengehörigkeit trotz schwerster Zeiten während der Teilung Deutschlands, und sie ist eine historische Leistung, die beharrlich auf die Wiedervereinigung hinwirkte.

stätte unterhalb des Kaßberges zusammenfinden, um unseren Gedenktag gemeinsam bei einem gemütlichen Beisammensein ausklingen zu lassen, so auch in diesem Jahr.



Um 11 Uhr fanden wir uns traditionell in der nahe gelegenen Parkanlage zur Feierstunde ein.

Zu Beginn wurden am Mahnmahl Blumengebinde zu Ehren der verstorbenen Kameradinnen und Kameraden niedergelegt. Unser VOS-Vorstandsvorsitzender Kamerad Holker Thierfeld eröffnete die Feierstunde mit der Begrüßung aller Anwesenden und bat um eine Gedenkminute.

Danach hielten der Bürgermeister Detlef Nonnen (Foto) und der Sächsische Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen Michael Beileites Gedenkreden, in denen sie zum Ausdruck brachten, wie wichtig es ist, immer wieder an diesen 17. Juni 1953 zu erinnern und den Menschen zu gedenken, die sich unter Einsatz ihres Lebens oder unter Hinnahme langjähriger Zuchthausstrafen für Freiheit und Recht eingesetzt haben.

Es ist zu einer schönen Tradition geworden, dass wir uns nach der Feierstunde in einer Freiluftgast-

Sogar die beiden weitgereisten Kameradinnen Annerose Höfer-Kerbel und Sabine Popp haben es ermöglicht, dabei zu sein.

*VOS-Bezirksgruppe Chemnitz -
Stollberg - Hohenstein-Ernstthal
Der Vorstand
i.A. Waltraud Raubold*

Das Thema Freikauf Ein Kurzplädoyer für ein sichtbares Gedenken

Der Häftlingsfreikauf, der vielen politischen Gefangenen der DDR eine längere Haftzeit ersparte, ist ein Thema, das in der Öffentlichkeit immer noch nicht hinreichend aufgearbeitet worden ist.

Wichtige Beiträge hierzu könnten eine Gedenktafel und regelmäßige Veranstaltungen am ehemaligen Ort des „Menschenumschlagens“, früher Karl-Marx-Stadt, heute Chemnitz sein. In den Zellen der Untersuchungshaftanstalt verlebten die Freigekauften ihre letzten Tage in der DDR. A. R.

Viele wissen nicht, dass sie ihr Einkommen verbessern könnten

Obwohl in 2011 die Antragsfrist für berufliche Rehabilitation ausläuft, haben viele ehemalige politische Häftlinge und Verfolgte noch keinen Antrag gestellt. Rechtsanwalt Unnau empfiehlt daher, den Antrag umgehend zu stellen und bietet Beratungshilfe an.

Strafrechtliche Rehabilitation ist bei den meisten Betroffenen erfolgt. Die berufliche fehlt jedoch

Die Mehrheit der ehemaligen politischen Gefangenen ist zwischenzeitlich (*strafrechtlich*) rehabilitiert, hat Haftentschädigung erhalten, bezieht Opferpension und unter bestimmten Voraussetzungen auch Unterstützungsleistungen der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge.

Allerdings haben viele politische Häftlinge bzw. deren Hinterbliebene die Möglichkeiten, welche das berufsrechtliche Rehabilitierungsgesetz eröffnet, noch nicht erkannt bzw. umgesetzt.

Anspruchsberechtigte scheuen mitunter den bürokratischen Aufwand und stehen dem Antragsverfahren skeptisch gegenüber, da sie davon ausgehen, dass (*um es sinngemäß mit den Worten des Altbundeskanzlers Kohl zu formulieren*) „hinten nichts rauskommt“.

Der Verfasser dieses Artikels appelliert, unbedingt die berufliche Rehabilitation in Angriff zu nehmen.

Im konkreten Fall erhielt der Betroffene 280 Euro mehr

Ein aktueller Fall: *Ein ehemaliger politischer Häftling aus Mecklenburg-Vorpommern, der 1966 aus politischer Haft entlassen wurde, durfte seine Ausbildung zum Rinderzüchter nicht weiterführen und musste Zeit seines Lebens als Hilfsarbeiter in der Landwirtschaft arbeiten. Durch das berufliche Rehabilitierungsverfahren wurde er nun im sich anschließenden Verfahren bei der Rentenversicherung rentenrechtlich als Rinderzüchter eingruppiert. Dies hatte nicht nur eine Rentenerhöhung von ca. 280,00 € zur Folge, sondern auch eine nicht unerhebliche Rentennachzahlung.*

Sinn und Zweck des Gesetzes zur beruflichen Rehabilitation ist die Rehabilitation für Eingriffe in den Beruf oder in die berufsbezogene Ausbildung; Schwerpunkt dabei ist der Ausgleich von Nachteilen bei der Rente. Antrags-

berechtigt ist der Verfolgte selbst; nach seinem Ableben können auch Hinterbliebene einen Rehabilitierungsantrag stellen, wenn sie ein berechtigtes Interesse an der Antragstellung haben (*Witwenrente*). Antragsberechtigt sind auch Personen, die nicht in politischer Haft waren.

Als ehemaliger politischer Häftling sollte man auf jeden Fall einen Antrag auf berufliche Rehabilitation stellen. Wenn man nach der Haftentlassung erheblichen beruflichen Benachteiligungen in der sowjetischen Besatzungszone bzw. der „DDR“ ausgesetzt war, die als politische Verfolgung anzusehen sind, müssen diese Zeiten bei der Renten(neu)berechnung berücksichtigt werden. Voraussetzung für die Antragstellung ist die Entscheidung über die strafrechtliche Rehabilitation (*Rehabilitierungsbescheid* bzw. *Bescheinigung nach § 10 Abs. 4 Häftlingshilfegesetz*).

Wenn es sich bei dem Eingriff in den Beruf oder die Ausbildung um eine rechtstaatswidrige hoheitliche Maßnahme handelte (*z.B. Exmatrikulation von der Fach- bzw. Hochschule, Entzug einer Gewerbebescheinigung*) muss zunächst das Antragsverfahren nach dem verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz durchlaufen werden.

Wenn die Rechtstaatswidrigkeit dieser Maßnahme nach den Vorschriften des verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes festgestellt wurde, kann sich ein berufliches Rehabilitierungsverfahren unmittelbar anschließen.

Was ist für eine Antragstellung alles zu beachten? Wer ist konkret dazu berechtigt?

Der Eingriff in den Beruf bzw. die Berufs-, Fachschul- bzw. Hochschulausbildung muss ein Akt der politischen Verfolgung gewesen sein; Beispiele hierfür: Berufliche Repressalien (*z.B. Kündigung wegen politischer oder religiöser Überzeugung, wegen Kritik am System oder der Zugehörigkeit zu einer oppositionellen Gruppe, wegen eines Ausreiseantrages*).

Zwischen der politischen Verfolgung und dem beruflichen Abstieg, was sicherlich regelmäßig der Fall ist, muss ein ursächlicher Zusammenhang bestehen. Von der gesetzlichen Regelung erfasst werden nicht nur Kündigung durch den ehemaligen Betrieb, sondern z. B. auch erzwungene Kündigungen durch den Betroffenen selbst, erzwungene Aufhebungs- oder Änderungsverträge, betriebliche Herabstufungen oder die Verweigerung dahingehend, dass man den erlernten oder angestrebten Beruf nicht mehr ausüben durfte. Zeiten, in denen der Betroffene verfolgungsbedingt seine bisherige oder angestrebte Erwerbstätigkeit nicht (*mehr*) ausüben konnte sowie Zeiten eines verfolgungsbedingten Minderverdienstes sind ebenfalls Verfolgungszeiten, welche letztendlich rentenrechtlich (*nach berufsrechtlicher Rehabilitation*) zu berücksichtigen sind.

Rentenrechtliche Gleichstellung mit Berufskollegen als Kernstück der angestrebten Regelung

Der Schwerpunkt der gesetzlichen Regelung besteht primär darin, dass der ehemalige politisch Verfolgte für die sogenannte Verfolgungszeit rentenrechtlich so gestellt wird, wie der Durchschnitt der Versicherten mit vergleichbarer Qualifikation im sogenannten Beitrittsgebiet. Anders formuliert: *Nach erfolgter berufsrechtlicher Rehabilitation werden die Antragsteller so gestellt, als wenn sie ihre Ausbildung beenden bzw. in ihrem Beruf weiter arbeiten konnten.*

Durch die sich an das berufliche Rehabilitierungsverfahren anschließende Renten Neuberechnung wird erreicht, dass der Antragsteller mindestens die Rente erhält, die er bei Weiterführung seiner beruflichen Tätigkeit ohne die Verfolgung erreicht hätte; die Betroffenen erhalten dann höhere EU- bzw. Altersrenten und regelmäßig auch Nachzahlungen.

Die berufliche Rehabilitation umfasst im Wesentlichen: → **S. 6**

1. Ausgleich verfolgungsbedingter Nachteile bei der EU- und Altersrente
2. Monatliche Ausgleichsleistungen (bis zu 184,00 €) bei niedrigem Einkommen
3. Bevorzugte Förderung von beruflicher Weiterbildung, Fortbildung und Studium

Rentenrechtliche Gleichstellung mit Berufskollegen als Kernstück der angestrebten Regelung

Für die Einleitung des Antragsverfahrens sind (zunächst) der Bescheid über die strafrechtliche Rehabilitation bzw. die Bescheinigung nach § 10 Abs. 4 Häftlingshilfegesetz und die SVK-Ausweise vorzulegen; weitere Unterlagen können sodann im Zuge des verwaltungsrechtlichen Verfahrens nachgereicht werden.

Und bitte keine „falsche Bescheidenheit“: Jährlich zahlt der Bund über 200 Millionen Euro Täter-Zusatzrenten für ehemalige STASI-Mitarbeiter (!). Vor dem Hintergrund, dass die Antragsfristen für die berufsrechtliche Rehabilitation im nächsten Jahr auslaufen, bietet der Verfasser dieses Artikels Beratung und Unterstützung in den Landesgeschäftsstellen der VOS und in den Bezirksgruppen (nach vorheriger Terminvereinbarung), zunächst in Sachsen-Anhalt, an den nachfolgend genannten Tagen (siehe unten) an.

Rechtsanwalt Jens-P. Unnau, Stendal (Tel.: 03931 – 713456)

VOS-Landesgeschäftsstelle, Umfassungsstr. 76, Magdeburg und in den Büros der VOS-Bezirksgruppen: Wernigerode, Halle/Saale, Bernburg, Eisleben, Wittenberg.

Zitate in der FG

Was wir brauchen, ist die politische Korrektheit des Nachdenkens, aber keine gesättigte Grundlage des Verschwindens. Doch gibt es sie denn? Gibt es überhaupt den Willen, sie zu benutzen?

*Andreas Kaiser, Künstler
VOS-Mitglied, Bonn*

Die DDR war kein vollkommener Rechtsstaat. Aber sie war auch kein Unrechtsstaat.

Lothar de Maziere, letzter und einzig frei gewählter Ministerpräsident der DDR, früheres Mitglied der DDR-CDU und Rechtsanwalt

Rot-rot sendet fatales Signal im 20. Jahr der deutschen Einheit

SPD und Linke blockieren eine sinnvolle Geste

Pressemitteilung der VOS:

Das Berliner Abgeordnetenhaus hat den Antrag von Bündnis90/Grüne, Opfern des DDR-Regimes den Berlin-Pass zu ermöglichen, mit den Stimmen von SPD und Linker ohne Aussprache abgelehnt. Die VOS zeigte sich empört. Der rot-rote Senat habe den Blick für die sozial Schwachen in der Hauptstadt offenbar verloren, erklärte der mitgliederstärkste SED-Opferverband. Ronald Lässig, stellvertretender Bundesvorsitzender, erklärt: „SPD und Linkspartei brüskieren mit ihrer Entscheidung die Opfer der SED-Diktatur und senden ein fatales Signal im 20. Jahr der deutschen Einheit. Es wäre eine wegweisende Geste gewesen, den Antrag zu unterstützen und so den überschaubaren Kreis der einst politisch Verfolgten für ihren Widerstand gegen das SED-Regime zu würdigen. Sonntagsreden allein reichen den Betroffenen, die überwiegend sozial schwach sind, nicht aus.“

Die VOS appelliert an Bündnis 90/Grüne, ihren Antrag im nächsten Jahr im Wahlkampf um das Berliner Abgeordnetenhaus erneut zu thematisieren. Vielleicht sei bis dahin das soziale Gewissen bei den Regierungsfractionen von SPD und Linker sensibilisiert.

Die Fraktion von Bündnis90/Grüne hatte mit der Drucksache 16/2746 den Senat aufgefordert, denjenigen den Berlin-Pass zu ermöglichen, die Zahlungen nach dem Gesetz über den Ausgleich beruflicher Benachteiligungen aufgrund politischer Verfolgung im Beitrittsgebiet erhalten sowie denjenigen, die Anspruch auf die sogenannte Opferrente haben. Im Ausschuss für Integration, Arbeit und Soziales fand dieser Antrag heute nur die Zustimmung der Mitglieder der Fraktionen von CDU und Bündnis90/Grüne. *BV*

Am Rande bemerkt: Schauspieler Mario Adorf hat anlässlich seines 80. Geburtstages erwähnt, dass es sein Wunsch sei, Karl Marx in einer Filmrolle darzustellen ...

Zöglinge, die wie Insassen eines KZ behandelt wurden

Zeitzeugen zur Aufarbeitung von 1966/67 gesucht!

Die DDR-Regierung brachte ab Oktober 1966 einige Berliner Jugendliche, von 14-18 Jahren, in ein Arbeitslager für Jugendliche nach Rüdersdorf, wo sie dann im Tiefbau und im Zementwerk Rüdersdorf für 3 MDN pro Tag arbeiten mussten, welches für Verpflegung und Unterkunft einbehalten wurde. Der Grund war angeblich „rowdyhaftes Verhalten“, dabei wurden sie von der Stasi beobachtet und durch IMs und KPs unterwandert und denunziert.

Dort im Lager wurden die Jugendlichen schlimmer als in einer richtigen Haftanstalt behandelt. Allen Zöglingen, so mussten sich die Jugendlichen beim Antreten nennen, wurde gleich nach dem Eintreffen eine Glatze geschoren, so wie man es in den KZ-Filmen sieht. Darum nannten wir es auch das Kinder-KZ Rüdersdorf.

Die Bewachung der „Zöglinge“ erfolgte durch das MDI mit ihren Hunden. So erfuhren die Eltern bei einigen erst nach der Entlassung, dass ihre Kinder dort eingesperrt gewesen waren.

Rechtsmittel gegen diese Willkür gab es nicht, die wurden per Gesetz ausgeschlossen.

Anträge zur Rehabilitation liegen bereits seit 1990 vor, denn einige Betroffenen hatten damals schon ihre Rehabilitation beantragt. Diese wurde jedoch immer wieder abgelehnt, deswegen suchen wir noch mehr Kameraden aus dieser Zeit.

Bitte meldet Euch, denn die unwürdige Behandlung, die uns dort widerfahren ist und die eine grobe Verletzung des Menschenrechts darstellt, darf nicht in Vergessenheit geraten.

Rainer Buchwald, Berlin

Meldungen per email:

r.buchwald@berlin.de

oder an die Bundesgeschäftsstelle der VOS in Berlin

NOBODY KNOWS NOTHING

Armlos, harmlos und trotzdem gefährlich?

Eine weitere Geschichte von Dr. Heinz Schneider aus der „wunderbaren“ Zeit des sozialistischen Kommunismus

Am 24. April 1980 wurde meine Frau Thea 40 Jahre alt. Aus diesem Anlass wollten wir, zusammen mit meinen Schwiegereltern, in Moskau ein paar schöne Tage verbringen. Reisen in die Sowjetunion waren in der DDR meist sehr preiswert.

Tatsächlich erhielten wir kurz vor der Olympiade in dem neu erbauten Hotel „Kosmos“ in der Nähe der Fernsehturmes „Ostankino“ eine sehr schöne Unterkunft, konnten im Kreml die sehr gut ausgestattete Schatzkammer besuchen und in Moskau zahlreiche orthodoxe Kirchen sowie die Allunionsausstellung besichtigen.

Während der Rückfahrt in der Metro trafen wir auf einen sowjetischen Rentner, dem der rechte Arm fehlte. Mein damals 59-jähriger Schwiegervater hatte während eines Gefechts im Zweiten Weltkrieg in den Höhen des Kaukasus' seinen linken Arm verloren. In der Mitte armlos – saßen beide Kriegsveteranen sehr dicht beieinander und unterhielten sich – jeder in seiner Landessprache – über den Zweiten Weltkrieg und das Unglück, das er ihnen persönlich gebracht hatte. Obschon etwas holprig, bemühte ich mich, zwischen den beiden zu dolmetschen.

Der Russe hatte in der Nähe von Berlin – offenbar im Oderbruch – 1945 seinen Arm eingebüßt. Beide waren sich darin einig, dass der Krieg das Allerdümmste gewesen sei, was beiden Nationen je widerfahren konnte. Es war ein ausgesprochen pazifistisches Gespräch, das politisch völlig harmlos war.

Zwei Metrostationen weiter wurde der Kriegsveteran von einem hinzu gekommenen Vertreter der Miliz gezielt aus dem Wagen der Metro gezerrt und ziemlich rüde behandelt, so dass er – nach mehreren unsanften Stößen in den Rücken – auf dem Bahnsteig beinahe hinfiel. Irgendjemand musste ihn bereits nach der ersten gemeinsamen Metrostation bei der Polizeistation denunziert haben.

Was später aus ihm wurde, haben wir natürlich nie erfahren. In dem Abteil herrschte eine eisige Stille, nachdem der arme Kerl so brutal

abgeführt worden war. Niemand wagte – nicht mal nur angedeutet – einen Protest gegen die unmenschliche Behandlung eines versehrten Kriegsveteranen durch einen uniformierten Vertreter seiner eigenen Staatsmacht. Es herrschte damals – 62 Jahre nach der Oktoberrevolution – in der Sowjetunion noch immer der altkommunistische Kadavergehorsam, der mich nur allzu sehr an die unrühmliche Hitlerzeit erinnerte. Ganz offenkundig waren Kontakte der einfachen Sowjetbürger zu Ausländern nicht erwünscht, wenn nicht gar streng verboten. Unter einem Staat der Arbeiter und Bauern, der uns als Touristen aus der DDR eigentlich freundlich entgegenkam und wirklich viele seiner Kulturschätze wie z. B. die besagte Schatzkammer des Kreml oder die Eremitage im Winterpalast in Leningrad zeigte, hatten wir uns eigentlich etwas anderes vorgestellt. Im Vergleich zum auch nicht immer einfachen Leben in der DDR benahm sich dieser Staat Sowjetunion zu ihren Staatsbürgern ja noch viel, viel schlimmer. Geradezu boshaft.

Mir taten die extrem schweigsamen, verschlossenen Sowjetmenschen mit ihrem unsichtbaren Maulkorb wirklich leid. Die uns ständig gepredigte Vorbildwirkung der Sowjetunion war – wieder einmal – dahin. *Dr. H. Schneider*



Zum Thema: Die Sowjetarmee in der DDR – Hier ein sowjetischer Offizier 1991 im Gespräch mit dem Autor Joachim Specht, der zu seinem Buch „Knalltrauma“ in Dessau-Kapen recherchiert, wo das frühere Werk für Giftkampfstoffe und die Grenz-Selbstschussanlagen standen.

Aktuell in der Fg

Der Sowjetstaat – gepriesenes Reich der Unterdrücker

Im August dieses Jahres 2010 kam es für Russland ganz schlimm. In dem Gebiet um Moskau breiteten sich flächenartig gewaltige Waldbrände aus, die ganze Siedlungen vernichteten und von Feldern und Wäldern nur Asche und verkohlte Überreste übrig ließen.

Die Bilder dieses Dramas gingen um die Welt, zumal sich eine aggressive Flammenfront auch atomaren Anlagen näherte und das Szenario eines neuerlichen radioaktiven Zwischenfalls vorgezeichnet wurde.

Letztlich konnte die Katastrophe abgewendet werden, das Interesse der Medien schwand, man entdeckte schnell das nächste gewaltige Unheil, das in Pakistan bis heute wütet. Ob die Versprechungen an die geschädigten Russen, die ihre komplette Existenz verloren haben, eingehalten werden und ob Wladimir Putin vielleicht eine Milliarde aus seinem Privatvermögen abgegeben hat, interessiert die Öffentlichkeit nun nicht mehr.

Interessant jedoch waren einige Bemerkungen, die in den Fernsehberichten eher am Rande zu hören waren. Es hieß, zu Sowjet-Zeiten seien solche Katastrophen nicht vorgekommen, da habe alles besser geklappt.

Eine Feststellung ist das, die man nicht selten hört, wenn aus Russland Interviews gesendet werden. Damals, als man noch halb Europa und einen Teil der Welt unterjocht hatte, waren Arbeitsplätze da, es gab eine zuverlässige Ordnung und die Sowjetunion war eine Supermacht, nicht zuletzt wegen ihrer militärischen Stärke.

Mag sein, dass Russland dem Verlust der einstigen mittel- und osteuropäischen Pfründen nachtrauert. Denn nicht nur das Militär hatte hier ein gutes Auskommen, sondern es wurden auch jede Menge Konsumgüter abtransportiert. Zunächst als Reparationsleistungen aus dem Gebiet der Ost-Zone, später unter dem Deckmantel des „Warenaustauschs zum gegenseitigen Vorteil“. → Seite 8 oben

→ Fortsetzung von Seite 7

Der RGW (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe) – von Moskau absolutistisch gesteuert und nach Belieben ausgenutzt – machte einen einseitig erfolgreichen Kuhhandel möglich. Während nämlich der „große Bruder“ zur Hauptsache Rohstoffe an die kleinen Länder lieferte, die es in der DDR, der Tschechoslowakei oder Ungarn nicht gab, mussten die Satelliten-Staaten wertvolle Konsumgüter an die Sowjetunion abgeben, die auf dem freien Markt durchaus ihren Preis gehabt hätten. Was hingegen die Sowjetunion an Konsumgütern an ihre „Verbündeten“ lieferte, hätte auf dem Weltmarkt damals wie heute nicht bestehen können. Man denke beispielsweise an die PKW „Moskwitsch“ oder „Saporoshez“, deren Produktion wegen ihrer schlechten Qualität noch zu Zeiten der europäischen Teilung wieder eingestellt wurde.

Es gab damals den Witz: *Warum kann die USA nicht in den RGW aufgenommen werden? – Weil die DDR nicht in der Lage ist, eine zweite Großmacht zu unterhalten...* Eigentlich handelt es sich hier nicht um einen Witz, sondern um eine nüchterne Feststellung.

Die Politik der Sowjetunion war schlichtweg auf die Ausbeutung anderer Nationen ausgerichtet. Das ist nun vorbei. Russland hat als Nachfolger des Sowjet-Imperiums zwar immer noch riesige Rohstoffquellen zur Verfügung und kann durch deren Ausnutzung zu Devisen kommen. Doch die Methoden haben sich geändert. Erpressung und Zwang gegenüber abhängigen Verbrauchern lassen sich allenfalls über die Preisspirale ausüben, doch deren Möglichkeiten sind begrenzt. Was Russland an Konsum- und Industriegütern in der westlichen Welt einkaufen will, muss mit harter Währung bezahlt werden, und das ist im „Lande Lenins“ nicht jedem möglich. Ist es ein Wunder, dass die Funktionäre und Militärs dem alten System nachtrauern?

Wir, die wir fast ein halbes Jahrhundert von der kommunistischen Sowjetunion unterdrückt waren, sind hingegen über unsere Freiheit froh. Ungeachtet dessen fühlen wir mit den Brandopfern, die ihr Hab und Gut verloren haben. Wir wünschen den Geschädigten, dass die russische Regierung Wort hält und den Menschen hilft. Das nämlich wäre deren Pflicht. Allerdings – und dies zeigt auch die Erzählung von Heinz Schneider – für das eigene Volk hatten russische Regierungen wohl noch nie allzu viel übrig. *Tom Haltern*

Junge Menschen aus drei Kontinenten bei Workcamps in Gedenkstätte

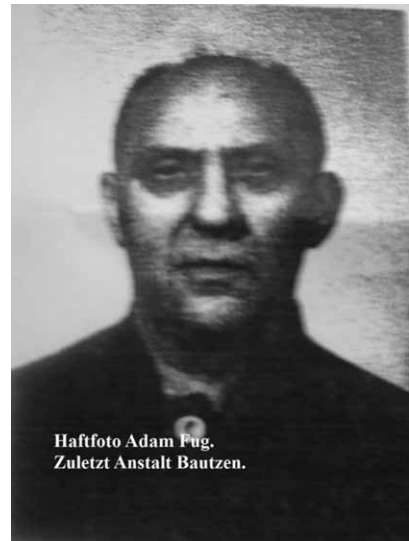
■ 30 junge Menschen aus 16 Ländern (u. a. aus Armenien, China, Japan, der Slowakischen Republik, Kanada, Spanien, Italien, Taiwan) nahmen in diesem Sommer an den Workcamps der Gedenkstätte Sachsenhausen teil. Dabei fanden Pflegearbeiten auch im ehemaligen KZ-Sonderlager, das 1946 bis 1950 als „Zone II“ Teil des sowjetischen Speziallagers war, statt. Die Jugendlichen hatten auch Gelegenheit, einen ehemaligen Häftling des Speziallagers kennenzulernen.

Organisiert wurden die Workcamps, die für beide Bereiche der Gedenkstätte stattfanden, durch die Stiftung Gedenkstätten Brandenburg (mit Sitz in Oranienburg) in Kooperation mit der Freiwilligen-Initiative VJF.

Gesucht werden ehemalige Haftkameraden von Adam Füg

Der Gesuchte ist am 9. Juli 1898 in Lobenstein (Schleiz) geboren. Er war gelernter Schuhmacher

und später Angehöriger der Gendarmerie, eingesetzt im „Distrikt Galizien“. Er lebte zuletzt in der Region Ringleben/ Sondershausen. Er befand sich von 1945 bis 1950 in den Zuchthäusern/Lagern Halle, Torgau, Buchenwald



und wurde lt. Haftakte am 3. 6. 50 vom Landgericht Chemnitz zu 20 Jahren Zuchthaus sowie Vermögensentzug und Sühnemaßnahmen verurteilt. Die Haftstrafe verbüßte er in Waldheim und Bautzen. Über eine erfolgte Entlassung sind keine Angaben enthalten.

Wer mit dem Gesuchten während der Haft in Kontakt gekommen ist, melde sich bitte bei der Bundesgeschäftsstelle der VOS (Adresse auf der Rückseite der Fg). Die Angaben werden dann an die Hinterbliebenen (eine Enkeltochter) weitergeleitet.

Vermächtnis der Verfolgten bewahren!

Archivierung der persönlichen Akten möglich

■ 20 Jahre nach dem Ende der DDR kommen immer mehr politisch Verfolgte in ein Alter, in dem sie Sorge dafür tragen müssen, dass ihr Vermächtnis nicht verloren geht. Nahe Angehörige wissen manchmal nur noch wenig mit den Hinterlassenschaften über ihre Leidenserfahrungen in der SED-Diktatur anzufangen.

Die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen möchte deshalb allen ehemaligen politischen Gefangenen und ihren Angehörigen Hilfe bei der Sicherung ihres Nachlasses anbieten. Im Archiv lagern die Unterlagen von Hunderten ehemaliger Häftlinge. Dazu gehören nicht nur Akten des DDR-Staatssicherheitsdienstes, sondern auch persönliche Erinnerungen, Dokumente, Fotos oder Gegenstände aus der Zeit der Haft. Die Materialien werden professionell archiviert und – wenn der Betroffene sein Einverständnis erklärt hat – der Forschung zur Verfügung gestellt. Auf diese Weise können die Unterlagen, die aufgrund des Datenschutzes sonst kaum einsehbar sind, nachfolgenden Generationen zugänglich gemacht werden. Allen ehemaligen politischen Gefangenen steht die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen deshalb für eine persönliche Beratung gerne zur Verfügung.

Kontakt: Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Mechthild Günther, Genslerstr. 66, 13055 Bln, Tel.: 030-986082-33, Mail: m.guenther@stiftung-hsh.de.

„Ruinen schaffen ohne Waffen“ – Ost-Berlin vor dem Mauerfall

Dr. Hans Krech über ein wichtiges Buch aus der Bürgerrechtsbewegung der DDR

Die DDR-Bürgerrechtsbewegung hat nur wenige veröffentlichte Bücher und Dokumente vorzuweisen, die vor der Geschichte Bestand haben. Diese Bücher konnten nur im Westen erscheinen. Das waren der aufsehenerregende autobiografische Roman „Fassonschnitt“ von Jürgen Fuchs über dessen Dienst bei den DDR-Grenztruppen von 1984 und das Buch von Lutz Rathenow über Ost-Berlin aus dem Jahr 1987.

Auch Rathenow war ehemals ein DDR-Grenzsoldat, der in der täglichen Auseinandersetzung mit dem Schießbefehl an der innerdeutschen Grenze zum Bürgerrechtler reifte.² Fuchs und Rathenow lernten sich beim Studium in Jena kennen und gründeten gemeinsam eine Untergrundgruppierung, die verbotene politische Literatur las und diskutierte. Das war die Keimzelle für die Revolution 1989.³

Der 1952 in Jena geborene Lutz Rathenow wurde wegen seines Kampfes in der Bürgerrechtsbewegung von der Uni Jena geworfen und ging 1977 nach Berlin. Zehn Jahre später schrieb er sein berühmtestes und literarisch bestes Buch „Ost-Berlin. Die andere Seite einer Stadt“, das im Piper-Verlag in München 1987 erschien.

1987 feierte die SED den 750. Jahrestag der Gründung Berlins. Jeder nur verfügbare Pfennig war in den Ausbau Ost-Berlins zur „Hauptstadt der DDR“ investiert worden. Sie war das „Schaufenster der DDR“ und keineswegs mit der Situation in den anderen Städten vergleichbar, die regelrecht verroteten. „Ruinen schaffen ohne Waffen“, war der bissige Kommentar der wütenden Bevölkerung.

Doch auch in Ost-Berlin schuf die SED-Führung zumeist nur potemkinsche Dörfer für die West-Presse. Der Höhepunkt der Berlin-Jubelfeiern war 1987.

Lutz Rathenow und der Fotograf Harald Hauswald wagten das aus der Sicht der SED-Bonzen Ungeheuerliche, hinter die glitzernden Fassaden Ost-Berlins zu schauen und als Gegenstück zu den SED-Staatsjubelfeiern das wirkliche Ost-Berlin vor der Welt aufzube-

reiten. Das Buch wurde von der West-Presse gefeiert. Es fanden Ausstellungen der Fotos im Westen des geteilten Deutschland statt. Die 750-Jahr-Feier war somit gründlich verdorben, und seitdem hassten das SED-Politbüro und das MfS Lutz Rathenow und betrachteten ihn als einen der gefährlichsten Staatsfeinde.



1990 erschien dann im Basis-Druck Verlag in Ost-Berlin die erste DDR-Ausgabe des Buches.⁴ 2005 folgte die überarbeitete Neuauflage im Jaron-Verlag in Berlin in Deutsch und Englisch unter dem Titel "Ost-Berlin. Leben vor dem Mauerfall". Ein neues Titelfoto wurde ausgewählt, einige andere Fotos ausgetauscht und eine Wirkungsgeschichte des Buches durch den Autor Rathenow hinzugefügt.

Das Buch des Dichters Rathenow und des Fotografen Hauswald ist eine kritische Liebeserklärung an Ost-Berlin in den 1980er-Jahren. Überdeutlich werden die Risse zwischen dem Propagandabild der SED-Führung von der „sozialistischen Metropole und Hauptstadt der DDR“ und dem realen Leben der Ost-Berliner. Lutz Rathenow

wandert mit spitzer Feder durch die Vorzeigestadtteile, besucht Problemviertel und macht auch die Türen zum vierten Hinterhof auf. In Ost-Berlin war bereits eine alternative Szene entstanden, die nicht nur am Prenzlauer Berg lokalisiert war. Erste Punks zeigten sich auf den Straßen. Die Gesichter der Menschen und der Häuser waren grau und trist, geprägt von Armut, Unterdrückung und Hoffnungslosigkeit.

Dazwischen die Jubelgreise aus dem SED-Politbüro mit ihren hohlen Parolen, die die Bürger schon lange nicht mehr erreichten. Genau dies zeigen die Texte und Bilder des Buches schonungslos auf.

1987 waren Ost-Berlin und die DDR schon mitten in dem wirtschaftlichen und sozialen Zerfallsprozess, der die Revolution von 1989 entscheidend beförderte. Das Blut der Stadt

war das Bier. Alkoholexzesse waren der einzige Ausweg aus der Tristesse (S. 59). Die Luft ist vom schwarzen Kohlenrauch geschwängert, der die anderen Gerüche immer überlagert. Die überquellenden Mülltonnen verbreiten eine Seuchengefahr (S. 102). Kinder malen Hakenkreuze an Häuserwände (S. 103). Die Fans vom 1. FC Union Berlin suchten die Auseinandersetzung mit dem verhassten Stasi-Club BFC Dynamo, dessen Chef Erich Mielke war. „Schlagt die Bullen!“ und „Deutschland! Deutschland!“, waren die Sprechchöre (S. 107 ff.).

Der Rezensent erlebte 1989 die Fans des 1. FC Union Berlin in Halle an der Saale. Sie sangen auf dem Marktplatz: „Die Mauer muss weg!“.

Das trauten sich die Bürgerrechtler erst Wochen später öffentlich zu fordern. Vor Intershops – also den Läden, in denen für West-Mark eingekauft werden konnte – bettelten Kinder die Kunden nach Westgeld und Kaugummis an (S. 110 f.).

Die große angebliche soziale Errungenschaft des SED-Regimes, das Wohnungsbauprogramm, wird von Lutz Rathenow als „Bevölkerungsintensivhaltung“ entlarvt. Er war mit Hauswald im Neubauviertel Berlin-Marzahn, um sich die Plattenbauwüsten anzusehen.

„Wohnkästen rechts und links ... Zwischen den Gebäuden eine staubige Gegend, die sich bei Regen in ein Schlammbad verwandelt. Für alles ist gesorgt. Fertigteilhäuser, standardisierte Spielplätze, Dienstleistungseinrichtungen, Gaststätten. Bevölkerungsintensivhaltung, nur Leichencontainer fehlen, der praktische Friedhof im Keller, um

Energie beim Abtransport zu sparen.“ (S. 114)

Überall die Antennen zum Empfang des West-Fernsehens. „Antennen, in den Himmel gereckte Wurzeln, um die Welt einzusaugen.“ (S. 121) Und überall die erdrückende Grenze, die auf DDR-Atlanten nicht abgebildet werden durfte, um keine Orientierungspunkte für Flüchtlinge zu bieten.

Die jungen Leute und die kreativen kritischen Leistungsträger brechen zunehmend offen mit der DDR und stellen Ausreiseanträge.

1987 war die Ausreisebewegung schon die Lanzenspitze der Opposition. „Nur wer jene, die weg wollen versteht, hat die Souveränität zum Bleiben aus freiem Entschluss. Alle Durchhalteparolen sind Krampf - das Jammern, was aus dem Land werden soll, wenn alle gehen. Wer aus Trägheit oder Verbissenheit bleibt, ändert sowieso nichts mehr.“ (S. 121)

Eine Momentaufnahme aus Ost-Berlin und der DDR zwei Jahre vor der Revolution, die das SED-Regime hinwegfegen würde. Doch eigentlich wäre dies wohl auch schon 1987 möglich gewesen, denn die DDR lag röchelnd im Sterben. Die Beschreibung des Todeskampfes liefern Rathenow und Hauswald mit Text und Bildern.

Dr. Hans Kreck

Rathenow, L./Hauswald, H. Ost-Berlin. Leben vor dem Mauerfall. Life before the Wall fell, Berlin 2009, ISBN 3-89773-522-9, € 12,-

¹ Vgl. Fuchs, Jürgen: Fassonschnitt, Reinbek bei Hamburg 1984.

² Vgl. Rathenow, Lutz-. Vom DDR-Grenzsoldaten zum Bürgerrechtler, Bremen 2002. (WIRS-Aktuell 26).

³ Vgl. Scheer, Udo: Vision und Wirklichkeit. Die Opposition in Jena in den siebziger und achtziger Jahren, Berlin 1999.

⁴ Vgl. Rathenow, Lutz/Hauswald, Harald: Berlin-Ost. Die andere Seite einer Stadt, Berlin 1990.

Ein Provokateur, der keine Ruhe geben wird *oder* Zwei Hardliner aus dem Politbüro schreiben sich Briefe

Die Polit-Bürokraten Kurt Hager und Erich Mielke führten einen aufschlussreichen Briefwechsel, in dem sie sich über den Dissidenten Rathenow und Hauswald austauschten

Lutz Rathenow steht sicherlich nicht ganz oben auf der aktuellen Bestseller-Liste der Buchautorinnen und -autoren dieses Landes (obwohl er wie einige andere, die gleich ihm durch ihren Mut und ihr Können dem Politbüro der DDR unverdrossen eingeheizt haben, dort hingehört), wenigstens jedoch stand er mit ganz oben auf der Liste der schlimmsten Staatsfeinde, die der DDR-Chef-Ideologe Kurt Hager und der Chef-Aufklärer Erich Mielke, nach der Wende wegen Doppelmordes vor Gericht, in ihren Panzerschränken zu liegen hatten. Beleg dafür ist u. a. ein Schreiben, das Hager im Herbst 1986 an MfS-Chef Mielke sandte und in dem sich die beiden Mitglieder des Politbüros ausgiebig mit den „feindlichen“ Aktivitäten, die hauptsächlich in der Veröffentlichung des hier vorgestellten Buches bestanden, von Lutz Rathenow und Harald Hauswald befassten.

In dem Schreiben, das Bestandteil einer langwierigen Verfolgung gegen Rathenow ist und das sich

nach der Wende in den Stasi-Akten wiederfand, wird über Maßnahmen beratschlagt, durch die man das staatskritische Handeln unterdrücken konnte. Insbesondere ging es darum, eine West-Reise, die Rathenow und Hauswald auf Einladung ihres westdeutschen Verlages hätten unternehmen können, nicht zuzulassen.

Hager hat hierzu vier Textpunkte verfasst. Im ersten heißt es: *Ich halte es nicht für zweckmäßig, daß im Ministerium für Kultur mit beiden getrennte Aussprachen stattfinden, um ihnen mündlich mitzuteilen, daß sie keine staatliche Genehmigung zur Reise in die BRD erhalten. Besonders Rathenow, der seine feindlichen Aktivitäten gegen die DDR fortsetzt (siehe seinen Artikel in der letzten Nummer der Hamburger Wochenzeitung "Die Zeit"), würde jede Aussprache im Ministerium für Kultur zu einer über Westjournalisten gesteuerte Hetze gegen uns benutzen. Das Ministerium für Kultur sollte überhaupt keine Verbindung mit Rathenow halten, sondern alle Anträ-*

ge zurtückschicken. ... Diese Reise-genehmigung sollte nach meiner Meinung in jedem Fall auch weiterhin verweigert werden.

Unter Punkt zwei geht Hager auf den von Mielke gemachten Vorschlag für ein Ordnungsstrafverfahren ein: *Die Zweckmäßigkeit der Einleitung den von Dir vorgeschlagenen Ordnungsstrafverfahrens durch den Direktor des Büros für Urheberrechte der DDR müßte noch einmal gründlich überlegt werden. Besser wäre, wenn nach dem Erscheinen des Buches die Zollverwaltung ein Ermittlungsverfahren wegen Zoll- und Devisenvergehens einleiten würde. Aber natürlich wird Rathenow auch dies als ein Beispiel propagieren, wie er von den Behörden der DDR behandelt wird.*

Im letzten Teil des Schreibens ist eine gewisse Ratlosigkeit zu erkennen, denn durch die offenkundige Wahrnehmung vor allem Lutz Rathenows in der Bundesrepublik kann man den Autor nicht wie einen unbekanntes Regimegegner behandeln. → 11

Offensichtlich hat man erkannt, dass sich die Peinlichkeiten, die durch Rathenows Veröffentlichungen entstanden sind, weder durch Haft noch durch Ausbürgerung lösen lassen. Genau genommen gibt es wegen der internationalen Bekanntheit der „Provokateure“ gar kein Rezept, den beiden beizukommen.

Dementsprechend erklärt Kurt Hager unschlüssig: *Wir müssen uns natürlich darüber klar sein, daß Rathenow ein Provokateur ist, der keine Ruhe geben, sondern jeden Anlaß nutzen wird, um gegen die DDR und den Sozialismus zu hetzen. Seine jüngste Veröffentlichung in der "Zeit" ist eine wüste Verleumdung unserer Republik und müßte eigentlich entsprechend geahndet werden (als Staatsverleumdung). Sollte dies nicht geschehen, so gibt es auf die Dauer nur zwei Möglichkeiten: entweder dem Treiben Rathenows keine Beachtung zu schenken oder ihn auszubürgern. Aber Letzteres würde ihm eine weltweite Aufmerksamkeit einbringen, die er auf keinen Fall verdient hat. Ich bin dafür, ihn nicht weiter zu beachten und auf keinen seiner Anträge einzugehen.*

Mit sozialistischem Gruß

Kurt Hager

Berlin, 10. Oktober 1986

Der Steinkopf-Politiker aus Wandlitz

Über Kurt Hager, den lang-jährigen Chefideologen des DDR-Politbüros

Wer war Kurt Hager? Die Zugehörigen der Generationen, die sich erst seit 1990 mit Politik befassen, dürfte der Name des einstigen DDR-Chefideologen kein Begriff mehr sein. Jenen, die die DDR noch bewusst miterlebt haben, ist Hager als erkommunistischer intoleranter Steinkopf in ungueter Erinnerung geblieben.

Geboren 1912 in Württemberg, schloss sich Hager nach dem Abitur früh der damals noch anders engagierten sozialistisch/kommunistischen Jugendbewegung an und arbeitete journalistisch. Im Dritten Reich kurz inhaftiert, emigrierte er 1936 und nahm am Spanienkrieg teil. Bereits 1946 trat er der frisch gegründeten SED bei, die unter dem Schutz Moskaus

die SPD verschwinden ließ. 1958 wurde Hager Mitglied der Volkskammer und 1963 des SED-Politbüros, in dem er schon wenige Jahre später zu den Initiatoren des verpönten 11. Plenums gehörte. Jenes Plenum stellte sich durch uneinsichtige Beschlüsse den kulturellen Einflüssen des Westens entgegen und verbot durch parteidoktrinierte Richtlinien jede Abweichung vom streng vorgegebenen staatssozialistischen Kurs. Der Kreativität und dem freien Entfaltungswillen der Künstler setzte es die harte, phantasielose Linie der Partei entgegen. Es kursierte das geflügelte Wort vom neuen Parteiwaschmittel „Plena 11“, welches *Marx rein und Sex rauszwingt*.

Wie im Falle von Lutz Rathenow und Harald Hauswald war Hager an der Verfolgung, Ausbürgerung und Einschränkung von freiheitsorientierten DDR-Künstlern maßgeblich beteiligt. In einer Ausgabe der westdeutschen Illustrierten Stern von 1987 gab Hager seiner Uneinsichtigkeit in Sachen Freiheit und Demokratie in einem Interview erneut Ausdruck, als er auf die Frage, ob die DDR angesichts der Reformen in der Sowjetunion süffisant erwiderte: „Würden Sie, nebenbei gesagt, wenn Ihr Nachbar seine Wohnung neu tapeziert, sich verpflichtet fühlen, Ihre Wohnung ebenfalls neu zu tapezieren?“

Hager starb 1996, er veröffentlichte in der DDR mehrere Schriften und Reden (im Neuen Deutschland). Unausbleiblich erhielt er in der DDR diverse staatliche Auszeichnungen. Er gehörte zum Kreis der Pseudoprivilegierten der Anwohner von Wandlitz.

Nach der Wende verschwand er weitestgehend in den Senken des öffentlichen Interesses, in denen seine Spur inzwischen fast völlig verloschen scheint. In zwei Jahren wird sich sein Geburtstag zum 100. Mal wiederholen. Möglich, dass sich dann nicht mal die Erben seiner Partei an ihn erinnern werden.

B. Thonn

Freiheitsglocke bleibt lesenswertes Organ

☒ Seit langem bekam ich wieder einmal die Freiheitsglocke in die Hand. Ein wichtiges Veröffentlichungsorgan. *Dr. Hans Krech*

Auch Opfer von Kindes- und Psychiatriemissbrauch in der DDR rehabilitieren

Lothar Tiedtke von Koß wendet sich mit Dank an VOS

☒ Liebe Kameraden der Vereinigung der Opfer des Stalinismus,

ich möchte mich bei euch allen bedanken, ihr habt für mich als Psychiatrieopfer viel getan!

Als Mitglied der VOS habe ich das gute Gefühl, betreut zu werden. Dieser Eindruck hat sich bei meinem Besuch in der Bundeszentrale noch verstärkt.

Noch ist der Kampf nicht beendet. Die Psychiatrieopfer der DDR, die sich bei mir zahlreich gemeldet haben, hoffen auch weiterhin auf den Verband der Opfer des Stalinismus. Auch wenn die Täter es gut verstehen, den Psychiatriemissbrauch in Abrede zu stellen.

Es ist unvermeidlich, wie auch der Missbrauch an Kindern in der DDR, den Psychiatriemissbrauch anzuerkennen und die Opfer gleichberechtigt zu rehabilitieren und zu entschädigen!

Mit freundlichen Grüßen

Lothar Tiedtke von Koß

VOS ist wichtiger Ausgangspunkt bei Unterstützung aller Opfer

Weitere Rückmeldungen von Betroffenen

Mit Dank und guten Gefühlen hat auch wiederholt unser Kamerad Fritz Schaarschmidt auf die Unterstützung der VOS in der schwierigen Zeit seiner gerichtlichen Auseinandersetzungen reagiert. Er ist mittlerweile – wie auch Kamerad Lothar Tiedtke von Koß – Mitglied der VOS geworden und in der Arbeit zugunsten der DDR-Opfer aktiv geworden. Dass beide Kameraden die Unterstützung durch unseren Verband zu schätzen wissen und der VOS beigetreten sind, ist sicherlich erfreulich. Doch ebenso wichtig ist es, dass auch andere Geschädigte erkennen, wie wichtig es ist, sich in der Gemeinschaft zu organisieren. Denn auch die VOS bedarf der Unterstützung durch den Beitritt neuer Kameradinnen und Kameraden. *H. D.*

20. Jahrestag der Wiedervereinigung

Die Landesgruppe Hessen/Rheinland-Pfalz der Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. VOS wird am Vorabend des 20. Jahrestages der Wiedervereinigung Deutschlands an der zentralen Gedenkfeier Hessen/Thüringens in Point Alpha (zwischen Rasdorf und Geisa Nordhessen), dem ehemaligen US-Kontrollpunkt und jetzigem Grenzlandmuseum, an der Grenze der Bundesrepublik und der ehemaligen SBZ/DDR am

**2. Oktober 2010
Beginn 16.00 Uhr**

teilnehmen.

**Am 3. Oktober 2010
um 9.30 Uhr**

dem 20. Jahrestag der Wiedervereinigung Deutschlands, wird die Landesgruppe Hessen/Rheinland-Pfalz der VOS am Denkmal für die Opfer der deutschen Teilung einen Kranz niederlegen und der deutschen Teilung und Ihrer Opfer gedenken.

Wir würden uns freuen, wenn auch Kameradinnen und Kameraden aus den umliegenden Bundesländern an der Veranstaltung teilnehmen würden.

Arno Selten, Landesgruppe Hessen/Rheinland-Pfalz

Kamerad Erhard Göhl zum Ehrenvorsitzenden des OFB ernannt

Kurz vor Redaktionsschluss erreichte uns die Meldung, dass unser in Darmstadt lebender Kamerad Erhard Göhl, früherer Bundesvorsitzender der VOS zum Ehrenvorsitzenden des OFB (Opfer-, Förder- und Dokumentationsvereins BAUTZEN e.V.) ernannt wurde. Kamerad Göhl zählt auch in der VOS zu den Aktivposten und setzt sich nachhaltig für die Aufarbeitung der SED-Diktatur wie auch für das Gedenken an die Opferschicksale ein.

Info: Arno Selten - Landesgruppe Hessen/Rheinland-Pfalz der VOS

Einladung zur Mitgliederversammlung VOS Bezirksgruppe Detmold / Münster trifft sich in Bielefeld

Die nächste Mitgliederversammlung der VOS-Bezirksgruppe Detmold/Münster findet am

**Samstag, dem 2. Oktober
2010, 11.00 Uhr
in Bielefeld**

Tagungsort ist wie bei den letzten Versammlungen das Lokal

„Sieker Mitte“

Otto-Brenner-Str. 123, 33607 Bielefeld, Telefon 0521/27469

Wir wollen des 20. Jahrestages der Wiedervereinigung gedenken und uns mit aktuellen Themen der Verbandsarbeit befassen. Auf der Tagesordnung stehen ansonsten folgende Punkte:

- Gedenken unserer verstorbenen Kameraden;
- Neues aus dem Bundesverband; Aktivitäten der Bezirksgruppen mit Schwerpunkt Stand der Zeitzeugengespräche;
- kameradschaftliches Beisammensein.

*Mit kameradschaftlichen Grüßen
Bernd Pieper, Vorsitzender der
Bezirksgruppe*

Gewalt hinter Gittern. Gefangenenmisshandlung in der DDR

*Eine Sonder-Ausstellung in
der Gedenkstätte Bautzen*

■ Am Vorabend des Tags des offenen Denkmals am 12. September wurde die Sonder-Ausstellung „Gewalt hinter Gittern“ im Beisein vieler Zeitzeugen, die in Gesprächen und Führungen den interessierten Besuchern von ihren persönlichen Hafterinnerungen berichteten.

Die Ausstellung der Gedenkstätten Bautzen und Berlin-Hohenschönhausen wird bis zum 1. Januar 2011 gezeigt. Sie gibt Einblick in die Prügelattacken und Foltermethoden in der Stasi-U-Haft und im Vollzug.

Nähere Informationen unter:
www.gedenkstaette-bautzen.de.

SED-Opferverband erinnert an Mauerbau in Berlin

Appell gegen das Vergessen

Unter dem Motto: „Nie wieder Diktatur!“ erinnerte die **Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS)** anlässlich des 49. Jahrestages des Mauerbaus an das Unrechtsregime in der DDR. In einem Appell rief die VOS alle gesellschaftliche Kräfte dazu auf, die Toten und Verletzten an der innerdeutschen Grenze nicht zu vergessen. Allein schon die Zahl der Opfer belege die Unmenschlichkeit des SED-Regimes, so der mitgliederstärkste SED-Opferverband. Ronald Lässig, stellvertretender Bundesvorsitzender der VOS, gab in einer Presseerklärung vorab bekannt:

„Die Mauer in Berlin war das Symbol für Diktatur und Teilung mitten in Deutschland. Wir rufen die Schulen auf, die jungen Menschen in die Stasi-Opfer-Gedenkstätten zu schicken. Sie müssen erfahren, dass bis vor 20 Jahren noch eine Diktatur in Deutschland existierte, die an der Grenze auf Menschen schoss, als seien sie Hasen.“

Nach neuen Recherchen starben an der innerdeutschen Grenze mindestens 1393 Menschen, 46 mehr als bisher angenommen. Letztes Opfer war Chris Gueffroy, der im Februar 1989, neun Monate vor dem Mauerfall, bei einem Fluchtversuch in Berlin erschossen wurde, obwohl er bereits gestellt war. Zu den aufsehenerregendsten Todesfällen zählt die Erschießung des jungen Peter Fechters im Jahr 1962. Fechter lag angeschossen im Todesstreifen und verblutete unter den Augen der DDR-Militärs und vor den Kameras der westlichen Medien. Nach dem Mauerfall konnten – sowohl im Fall Peter Fechter wie auch Chris Gueffroy – die Todesschützen ermittelt werden. Dass sie für die Schändlichkeit ihres Tuns Einsicht zeigten, war nicht erkennbar. Ganz nach dem Vorbild der kurzzeitig inhaftierten Mitglieder des Politbüros.

*Ronald Lässig,
Pressesprecher der VOS*

Nichts Neues und trotzdem eine Überraschung

Ein weiterer Stasi-Fall in der Linke-Landtagsfraktion in Magdeburg veranlasst VOS-Bundesvorsitzenden Johannes Rink zu einem klärenden Statement und zur grundsätzlichen Forderung einer Regelüberprüfung im öffentlichen Dienst

Nach Bekanntwerden eines weiteren Stasi-Falles in der Landtagsfraktion der Linkspartei in Sachsen-Anhalt hat die VOS nachhaltige Konsequenzen der Linkspartei und des Gesetzgebers gefordert. Der Landtagsabgeordnete André Lüderitz hatte zuvor Medienberichte bestätigt, wonach er hauptamtlich beim Wachregiment «Feliks Dzierzynski» tätig war, das dem Ministerium für Staatssicherheit unterstand.

Johannes Rink, Bundesvorsitzender der VOS, erklärt hierzu:

"In der Linken hätte vermutlich selbst Erich Mielke noch eine Comeback-Chance. Denn nicht nur in Sachsen-Anhalt sitzen Täter von einst heute im Parlament. Wir fordern, dass die Linke mit Blick auf die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt im nächsten Jahr Maßnahmen ergreift, damit Stasi-belastete Leute mangels moralischer Eignung nicht als Landtagskandidaten aufgestellt werden. Offenbar hat die Linke trotz gegenteiliger Beteuerungen ihre Geschichte auch im 20. Jahr der deutschen Einheit noch nicht aufgearbeitet."

Angesichts des jüngsten Stasi-Falles fordert der SED-Opferverband die Parteien im Bundestag auf, die Regelüberprüfung im öffentlichen Dienst zumindest für leitendes Personal einzuführen. Gerade die begonnene virtuelle Aufarbeitung der zerrissenen Stasi-Akten eröffne einen neuen Erkenntnishorizont.

Eine Schlussstrichdebatte sei deshalb völlig verfehlt. In der linken Landtagsfraktion Sachsen-Anhalts war neben Lüderitz auch die Abgeordnete Gudrun Tiedge Stasi-Mitarbeiterin.

Ronald Lässig

Mit Mut und Entschlossenheit zum richtigen Zeitpunkt aufgestanden

Bürgerrechtlerin Bärbel Bohley erlag ihrem schweren Leiden

Revolutionen brauchen große Persönlichkeiten. Manche haben, bevor sie an die Spitze einer Bewegung von Gerechten gelangen, lange gekämpft, die Massen mobilisiert und dafür Haftstrafen erlitten. Andere haben Widerstand geleistet, indem sie sich dem Unterdrückungssystem einfach verweigert und sich entzogen haben.

Bärbel Bohley, die im September nach schwerem Krebsleiden starb, gehörte zur zweiten Kategorie, zu den Stillen, wenngleich sie in der entscheidenden Phase des Niedergangs der DDR in der Offensive das Richtige tat, was auch auf andere zutrifft. Bärbel Bohley hatte den Mut, aufzustehen und sich mit an die Spitze der demonstrierenden Massen zu stellen. Und Mut gehörte dazu, denn im Herbst 1989 wusste niemand, ob den Aufbegehrenden in der DDR nicht doch noch dasselbe Schicksal wie Wochen zuvor den chinesischen Freiheitskämpfern beschert sein würde.

Für diesen Mut, für die Klarheit und die Unerbittlichkeit ihrer Sprache, mit der sie die Wahrheiten auszusprechen vermochte, die in der DDR schon seit Jahrzehnten in den Köpfen der Menschen waren, gebührt ihr weit über den Tod hinaus unser Dank, unsere Anerkennung.

Wir wissen, dass die friedliche Revolution, aber auch der von 1945 bis zum Herbst 1989 in der DDR geleistete Widerstand vieler Einzelner, der mit bitteren Haftstrafen oder verschiedenartigsten Hinrichtungen geahndet wurde, in den Herzen der Menschen das gleiche Ziel hatte: Freiheit und Demokratie. Mögen die Anteile der Einzelnen unterschiedlich wirksam und unterschiedlich publik geworden sein, so eint dieser Widerstand doch bis zum Zeitpunkt der in die deutsche Einheit geglückten Wende alle Beteiligten.

Dass sich danach Wege, Ansichten und Hoffnungen der Beteiligten trennten, steht auf einem anderen Blatt. Freiheit, zumal gerade gemeinsam erkämpft, kann nicht auch neuerliche Gleichschaltung bedeuten. Wir sehen es immer wieder. Wir sollten und werden es akzeptieren und dennoch gemeinsam dafür kämpfen, dass diese kostbare Frei-

heit nicht gleich wieder verloren geht. Bärbel Bohley, die ihr großes Gerechtigkeitsbedürfnis auch nach der Wende in sich bewahrt hat, hat uns mit ihrer Orientierung immer gezeigt, dass man mit Zurückhaltung und Ehrlichkeit die Ideale von einst bewahren kann. Auch die Hoffnung, den Willen für Fortschritte. Vor allem aber für die Menschlichkeit, für die sie sich unablässig einsetzte.

Dass sie diesen schweren und frühen Tod fand, macht uns alle betroffen, wiewohl wir doch inzwischen wissen, dass es auch andere einstige „Feindpersonen“ nach schwerem Leiden von unserer Seite gerissen hat, dass inzwischen auch andere ehemalige politische Häftlinge an Erkrankungen leiden, über die sie in der Öffentlichkeit schweigen.

Die Frage wurde bisher nie so konkret und offen artikuliert, da eine Antwort zu den größten Ungeheuerlichkeiten Aufschluss geben könnte, deren sich selbst eine Diktatur bemächtigen kann. Die hinterhältige Vernichtung des Gegners durch Verstrahlung oder Gift.

Aber die Zweifel sind da, ob denn während der Haft in den Stasi-Verliesen nicht doch auf entsprechende Mittel und Methoden zurückgegriffen wurde, die langfristig zu derart schweren Gesundheitsschäden führten, wie sie beispielsweise auch der Regimekritiker Jürgen Fuchs, der dem MfS und dem Politbüro als ausgemachter Feind galt, erlitt.

Sicherlich, beweisen wird sich eine solche Vermutung nicht lassen. Doch die Zweifel, die sind da. Und irgendwo wird man die Frage vielleicht doch offen stellen. A. R.

Lothar Loewe gestorben

Im Alter von 81 Jahren starb, Lothar Loewe, einstiger ARD-Korrespondent (1974-1976) in der DDR und zuvor in Moskau Berichterstatter. Durch Loewes unnachgiebige Berichterstattung wurde u. a. die Selbstverbrennung Oskar Brüsewitz' bekannt. Loewe wurde Ende 1976 aus der DDR wegen folgenden Kommentars ausgewiesen: „Hier in der DDR weiß jedes Kind, dass die Grenztruppen den strikten Befehl haben, auf Menschen wie auf Hasen zu schießen.“

Merkt die CDU das nicht? Oder ist das gar ihr Anliegen?

Siegfried Müller kritisiert das Verhalten des CDU-regierten Stadtrats in Schwarzenberg

Anlass meines Schreibens sind die jüngsten Äußerungen von Lothar de Maiziere, dass die DDR kein Unrechtsstaat gewesen sei. Die Entgegnung von Rainer Wagner (Bundesvorsitzender der UOKG) veranlasst mich, die Situation der CDU in Schwarzenberg kurz zu schildern.

Es geht vor allem um die Interpretation des Geschehens in der Stadt Schwarzenberg nach dem Zweiten Weltkrieg im Mai/Juni 1945, als der Landkreis und damit der Ort von den Alliierten nicht sofort besetzt wurden. Am 12. Mai 1945 übernahmen die Kommunisten die Macht in der Stadt. Als eine der ersten ihrer Handlungen nahmen sie nach eigenem Gutdünken ehemalige Mitglieder der NSDAP fest und übergaben eine Vielzahl noch vor Besetzung des Ortes der sowjetischen Kommandantur in Annaberg. Die meisten der so Verhafteten verschwanden auf Nimmerwiedersehen in den sowjetischen Lagern. Nach dem Einmarsch der Roten Armee im Juni 1945 wurden die Schwarzenberger Kommunisten von der SMA in ihren Ämtern belassen und hatten diese oder andere leitende Funktionen viele Jahre inne. Die Verhaftungen wurden nach der Besetzung des Kreises von der Besatzungsmacht unter Beteiligung dieser herrschenden Besatzungsmacht der Kommunisten intensiver fortgesetzt. Nach meinen bisherigen Kenntnissen wurden im gesamten Landkreis mehr als 800 Personen verhaftet und die meisten von ihnen ohne Urteile in sowjetischen Lagern eingesperrt.

Die Gruppe jener Aktivisten, die im Mai 1945 die Macht übernommen hatten, wurde in der DDR als Helden verehrt, die von Beginn an beispielhaft für den Aufbau des Sozialismus gehandelt hatten. Und genau diese Aktivisten haben uns Jugendliche als „hirnlose Mordmaschinen“ bezeichnet, die CDU von Schwarzenberg scharf bedroht und Tausende Menschen mit der Deportation nach Sibirien bedroht. Das Originaldokument hierzu befindet sich in meinem Besitz. Erstaunlicherweise wurden die Ge-

schehnisse des Mai 1945 von der CDU-regierten Stadt Schwarzenberg seit der Wiedervereinigung Deutschlands weiterhin im Sinne des althergebrachten SED- und DDR-Geschichtsbildes dargestellt – und das bis heute! In der letzten Zeit rief meine allergrößte Verärgerung und Enttäuschung ein Artikel im Neuen Deutschland vom 8. Mai 2010 hervor, den der Stadtverband der Partei DIE LINKE als Flugblatt in Schwarzenberg verteilte. Darin werden zum einen Unwahrheiten im Sinne der Partei DIE LINKE über die Nachkriegszeit verbreitet. Zudem wird die Oberbürgermeisterin von Schwarzenberg, Frau Hiemer, zum Geschehen von 1945 zitiert: „Die damals Verantwortlichen hätten sich offenbar keiner gravierenden Vergehen schuldig gemacht, sagt Rathauschefin Hiemer: „Daher habe ich auch kein schlechtes Gewissen, die Ereignisse zu feiern.“

Und genau das tat die Stadt in diesem Jahr wieder ausführlich.

Man hält es nicht für möglich, dass ausgerechnet eine CDU-Oberbürgermeisterin keine Scheu hat, sich derart im Neuen Deutschland zu äußern. Oder bestätigen diese Äußerungen ihr Denken und Handeln? Immerhin legte sie im Namen der Stadt im Jahr 2004 zum 100. Geburtstag des Kommunisten Paul Korb (1904-2002), der im Mai 1945 die Leitung der städtischen Polizei übernommen hatte, der an den Verhaftungen beteiligt war, der der KPD/SED und der Stasi bis 1989 treu geblieben war, der 1984 vom DDR-CDU-Bürgermeister die Ehrenbürgerschaft der Stadt erhalten hatte, Blumen ans Grab. Der Stadtrat Schwarzenberg, in dem die CDU seit 1990 die Mehrheit hat, wagte es nie, Paul Korb die Ehrenbürgerschaft abzuerkennen. Das ist nur ein Beispiel.

Im Allgemeinen wird die Machtübernahme der Kommunisten im Mai 1945, die der Beginn der SED- und DDR-Diktatur war, mit Unterstützung der CDU-Fraktion wiederholt verniedlicht, volksfestartig gefeiert und neuerdings als „Alleinstellungsmerkmal“ der Stadt

Schwarzenberg vermarktet. Touristen werden mit Falschinformationen angelockt, mit der eine Verharmlosung der Politik der DDR einhergeht.

Merkt die CDU das nicht? Oder ist das gar ihr Anliegen?

Als 1945 unschuldig Inhaftierter, erst 1950 aus einem sowjetischen Lager Entlassener sind mir diese Feiern und andauernden mit Geschichtslügen gespickten Zeitungsmeldungen unerträglich. Und ich spreche nicht nur von mir, auch andere DDR-Opfer und -Kritiker sind dieser Ansicht. Von einer seit 1990 von der CDU regierten Stadt hätte ich eine andere Auseinandersetzung mit der Lokalggeschichte und der DDR-Politik erwartet. So bestätigen mir die jüngsten Erfahrungen einmal mehr meine seit Jahren gedachte und geäußerte Meinung von einer roten CDU in Schwarzenberg. *Siegfried Müller*

Die Verführbarkeit der falschen Legende

Kurzkommentar von B. Thonn

In der Stadt Schwarzenberg war direkt nach Ende des Zweiten Weltkrieges eine Art politisches Vakuum entstanden. Weder die Sowjets noch die Amerikaner haben die Stadt eingenommen. Dadurch konnte es zu einer Herrschaftsform kommen, die es insbesondere den Kommunisten ermöglichte, einen Rachfeldzug gegen demokratische Politiker aus der Weimarer Zeit, allerdings auch gegen richtige Nazis, zu starten. Der hier genannte Paul Korb äußerte sich noch vor zehn Jahren in einer Unterhaltungssendung ausgesprochen abfällig über den heutigen demokratischen Staat. Der damalige ARD-Korrespondent Fritz Pleitgen ließ das kommentarlos zu.

Zur Legendenbildung einer angeblich freien Republik Schwarzenberg in 1945 trug vor allem ein historisch unwahrer Roman von Stefan Heym bei. Die Fabel des Romans hat durch ihre Verführbarkeit bis heute bei vielen Uninformierten ein falsches Bild geweckt. Leider scheint es bei denen – beispielsweise bei den CDU-Politikern – die doch informiert sein müssten, nicht besser zu sein.

Erleben wir demnächst eine „Volksrepublik“ Helgoland?

Die Vertreterin der Partei Die Linke geht mit guten Aussichten in die Stichwahl für das Bürgermeisteramt auf Deutschlands beliebter Hochsee-Insel in der Nordsee

Damals war's, 1890, ein Jahr nachdem Reichskanzler Bismarck abgetreten war: Großbritannien und Deutschland schlossen einen Vertrag, wie man ihn in der Geschichte sicherlich nicht ohne weiteres wiederfindet. Die Briten gaben die zur damaligen Zeit in ihrem Besitz befindliche Hochseeinsel Helgoland an Deutschland ab, das dafür auf Ansprüche in Afrika verzichtete und insonderheit die britische Herrschaft über das afrikanische Eiland Sansibar anerkannte. Für Deutschland ging es mit diesem Tausch weniger um den Zugewinn eines touristischen Mekkas als vielmehr um die Lösung einer militärisch strategischen Frage, wollte man doch nach der damals bevorstehenden Fertigstellung des Nord-Ostsee-Kanals nicht das militärisch starke Großbritannien mit einem Beobachtungstützpunkt auf der Insel Helgoland in unmittelbarer Nähe wissen.

Rückblickend kann man feststellen, dass das deutsche Kaiserreich vor 110 Jahren sicherlich den besseren Schnitt mit dem Helgoland-Sansibar-Vertrag gemacht hat. Während Afrika mittlerweile aus selbständigen Staaten besteht und Großbritannien seine Kolonialansprüche aufgeben musste, gehört Helgoland *noch* zu Deutschland.

Interessanterweise kann man nun, da wir andere politische Verhältnisse als im vorvorigen Jahrhundert haben, aber fragen: Liegt die Betonung auf diesem NOCH?

Eine – natürlich – satirisch eingefärbte Formulierung, denn die Deutschen würden niemals freiwillig auf eine ihrer Lieblingsinseln verzichten, wo ihnen das Seeklima garantiert ist. Dennoch hat sich auf der Insel, auf der laut Melderegister 1.375 Bürgerinnen und Bürger leben und die zum Landkreis Pin-

neberg gehört, etwas angebahnt, was der Aufmerksamkeit der meisten Menschen im Lande entgangen zu sein scheint und was beinahe eine Sensation werden könnte: Eine Kandidatin von der Partei Die Linke schickt sich an, das BürgermeisterInnen-Amt auf Helgoland zu erobern.

Folgendermaßen ist die Situation: Felicitas Weck, 56 Jahre alt, studiert in Göttingen, vor der Wende aktives Mitglied der Grünen, nach der Wende bei der WASG, jetzt bei der Linken, wo sie auch beschäftigt ist, hat mit einem modern und offen gestalteten Wahlkampf bei der Bürgermeister-Wahl auf Helgoland am 5. September 2010 überraschend einen beachtlichen zweiten Platz erreicht und den als eigentlich aussichtsreichsten Kandidaten beurteilten Jörg Singer, der von den Parteien CDU, SPD, FDP und von der Interessengemeinschaft Helgoländer Moats (IHM) unterstützt wird, in eine Stichwahl gezwungen. Während Singer auf 47 Prozent der etwa 1.200 stimmberechtigten Helgoländer kam, erreichte Frau Weck erstaunliche 30 Prozent. Und so deutlich sich der Abstand vorläufig zahlenmäßig darstellt, sollte man nicht davon ausgehen, dass er für Herrn Singer eine Siegesgarantie für die nächste Wahlrunde ist.

Nunmehr muss sich beim kommenden Wahltermin am 26. September (nach Redaktionsschluss dieser Fg-Ausgabe) zeigen, ob die Linken-Kandidatin Felicitas Weck weiter zulegen kann oder ob sich Jörg Singer, der seit Langem auf der Insel lebt und somit den Eingesessenen-Bonus haben dürfte, als Sieger ins Ziel rettet.

Bereits auf Kommunalebene hat Die Linke bewiesen, wie sie durch geschickte Themenwahl und direk-

tes Zugehen auf die Bürger punkten kann. So zog sie mit 16 Prozent Stimmenanteil in den Gemeinderat ein. Erleichtert wurde ihr dieser Erfolg durch die keineswegs erfolgreiche Amtsführung des früheren Bürgermeisters, der zwölf Jahre im Amt war. Mit Versprechungen und Ankündigungen in Sachen moderne Stromversorgung, Abwendung höherer Flugpreise oder der Diskussion über ein eigenes Gymnasium für die Insel hat die Linken-Kandidatin nun zugkräftige und zeitgemäße Inhalte für ihre (Internet)Auftritte gewählt. Sie verspricht den Wählerinnen und Wählern „frischen Wind“, während ihr Gegenkandidat eher die Tourismusargumente strapaziert und damit auf den ersten Blick wenig Neues zu bieten hat.

Insgesamt hat das politische Szenario, das sich mit der nun anstehenden Stichwahl auf der Hochseeinsel abspielt, inzwischen genug Furore gemacht. Sollte Frau Weck tatsächlich Bürgermeisterin auf Helgoland werden, müsste sie allerdings beweisen, dass sie auf der Insel etwas anders bzw. besser macht als die konkurrierenden Bewerber. Da wird sie, genauso wie die Insulaner, feststellen, dass das doch nicht so einfach ist.

Doch auch wenn sie die Stichwahl verliert, hat sie auf Helgoland genug Spuren hinterlassen. Durch Plakate und Zeitungsberichte haben sie die Touristen hinreichend wahrgenommen. Denn da das Urlaubswetter nicht viele gute Seiten zu bieten hatte, haben sich die zahlreichen Helgoland-Besucher zunehmend für das politische Klima auf der Insel interessiert. Und das ist in Deutschland – nicht zuletzt wegen der Auftritte der Linken und ihrer Sympathisanten – insgesamt nicht so milde. A. R.

Wir trauern um

**Karl Heublein
Lothar Roth
Werner Klinke
Werner Wind
Werner Dickert
Sigrid Seime
Edgar Wollscheid
Peter Georgkurt Jurgeleit**

**Bezirksgruppe Suhl
Bezirksgruppe Reichenbach
Bezirksgruppe Senftenberg
Bezirksgruppe Arnstadt-Gotha
Bezirksgruppe Unterfranken
Bezirksgruppe Weimar/Stuttgart
Bezirksgruppe Bremen
Gauting**

Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren

Die Diktatur verschwand – die Folgen aber nicht ...

Christian M. Lappe fasst in seinem neuen Gedicht zusammen, was viele ehemals Inhaftierte und Verfolgte empfinden

Ihr sagt, per Zufall war die Grenze plötzlich offen ...
Wo ihr doch alles bis ins Kleinste kontrolliert ...
Das Volk war von euch wie ein Zirkusgaul erzogen,
Ihr habt es bis zum Schluss, sogar danach, betrogen ...
Euch rückversichert, dass euch wirklich nichts passiert!

Bei Honecker, im Land der Arbeiter und Bauern,
War mangels Masse selbst die Pleite limitiert.
Doch neunundachtzig haben clevere Genossen,
Des Klassenfeindes D-Mark Quellen sich erschlossen
Und abgesichert, dass man weiter existiert...

Die Wende wird riskiert, gefahrlos überstanden,
Der Kindergarten staunt, deshalb ist nichts passiert ...
Man rettet die Partei, sich und auch die Finanzen,
Man nennt sie PDS, nichts ändert sich am Ganzen;
Nur, dass mit D-Mark West man besser mitregiert.

Euch nicht, dem Westen nur, verdanken wir das Leben!
Ein Staatsgeheimnis war euch Folter, Terror, Mord!
Niemand zu alt, zu jung, zu krank, fürs Inhaftieren
Und Sklavenhandel half – den Staat zu finanzieren!
Dabei war 'Menschenrecht' stets euer Lieblingswort!

Glaubt ihr die Medien schon ganz auf eurer Seite?
Dank der Gleichgültigkeit im deutschen satten Land?
Die 'Achtundsechziger', das sind euch nah Verwandte,
Manche Politiker- 'von früher her' Bekannte ...
Es fehlt euch Ehre wie Charakter und Verstand ...

Euphorisch glaubten wir, 'Verstehen folgt der Einheit'.
Die Diktatur verschwand – die Folgen aber nicht ...
Doch weil wir uns nicht diesen 'Einheits-Folgen' stellten,
Wird schließlich offenbar – uns trennen ganze Welten;
So unterschiedlich ist – wie man denkt, fühlt und spricht.

Vierzig lange Jahre, sind fast ein Menschenleben
Auch das Jahrzehnt zuvor hat Deutschland ruiniert
Unmenschlichkeit habt ihr den Nazis vorgehalten,
Doch deren Diktatur – half eure zu gestalten ...
Ihr habt sie nur kopiert, etwas modernisiert ...

Die 'Aufarbeitung' ist nun hoffnungslos gescheitert,
Gescheitert schlimmer noch als die vom Dritten Reich.
Juristisch eine Farce, Jahre, Millionen Kosten ...
Nostalgisch, sehnsuchtsvoll verschönt man nun den Osten.
Sind STASI und GESTAPO ähnlich - oder gleich?

Eure Verbrechen zu bestrafen, wäre Gnade...
Ihr Diener, Henker, Haupt der Stasi-Tyrannie;
Missachtet Menschenrecht, missachtet Menschenleben,
Setzt auf Vergesslichkeit ... 'All dies hat's nie gegeben' ...

**IHR WURDET NICHT BESTRAFT
UND DAS IST BARBAREI!**

Christian M. Lappe

Der Verfasser des Gedichts lebt in Atlanta (USA) und verfolgt von dort die politischen Geschehnisse im wieder vereinigten Deutschland sehr genau. Nicht zuletzt ist er auch ein Abonnent der Freiheitsglocke über die Situation der ehemaligen politischen Häftlinge in der DDR über deren Situation informiert. Seinen Kontakt hält er über Wolfgang Stiehl (VOS Magdeburg).

VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS (VOS)

Hardenbergplatz 2, 10 623 Berlin

PVSt Deutsche Post

Entgelt bezahlt

A 20 666

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge, Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag elf Mal jährlich (davon einmal als Doppelausgabe)

Bundesgeschäftsstelle der VOS

Hardenbergplatz 2, 10 623 Berlin

Telefon / AB: 030 – 2655 23 80 und 030 – 2655 23 81

Fax : 030 - 2655 23 82

Email-Adresse: vos-berlin@vos-ev.de

Sprechzeiten: Dienstag und Donnerstag
von 14.00 bis 17.00 Uhr

Postbankkonto Nr. **186 25 501** bei der

Postbank Köln, Bankleitzahl **370 100 50**

Spenden sind steuerlich absetzbar

Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:

Telefon: 030 - 2546 26 38 Fax: 030 – 2300 56 23

Mail: lv-berlin@vos-ev.de

Montag bis Freitag von 10.00 bis 16.00 Uhr

Gestaltung: Alexander Richter

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS

redaktion@vos-ev.de

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte auch bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet

Druck: Druckerei Mike Rockstroh, Aue (Sachsen),
Schneeberger Str. 91

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS ist durch den Mitgliedsbeitrag zugleich Bezieher der „Freiheitsglocke“.

Beiträge:

- | | |
|--|---------|
| 1. Aufnahmegebühr | 2,60 € |
| 2. Jahresbeitrag, einschl. Freiheitsglocke | |
| - alte Bundesländer | 45,00 € |
| - neue Bundesländer | 40,00 € |
| 3. Jahresbeitrag für Ehepartner | 15,00 € |
| 4. Jahresbeitrag ABO Freiheitsglocke | 24,00 € |

Internetseiten der VOS und Links unter

www.vos-ev.de

VOS u. BSV Sachsen-Anhalt siehe vos-ev.de

Die nächste Ausgabe (696) erscheint im Oktober 2010

Redaktionsschluss der FG-Ausgabe 695 12. Sept. 2010